



Neue Spielregeln für alternative Investmentfonds

Financial Planning Standards Board Deutschland e.V.
Eschersheimer Landstraße 61-63, 60322 Frankfurt

TELEFON 069 9055938-0 E-MAIL info@fpsb.de
FAX 069 9055938-10 WEB www.fpsb.de

CFP Certification Global Excellence in Financial Planning®

Frankfurt/Main, 11. September 2012

Um Entwicklungen, wie sie zur Finanzkrise 2008 geführt haben, künftig zu vermeiden, ist die Politik bestrebt, die Finanzbranche stärker zu regulieren. In diese Richtung zielt auch die EU-Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds, die so genannte AIFM-Richtlinie. Sie muss bis zum 22. Juli 2013 in deutsches Recht umgesetzt werden. Für diese Umsetzung liegt nun ein Diskussionspapier, der Entwurf eines neuen Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB), vor. Mit Konsequenzen für die Anbieter, aber auch mit stark eingeschränkten Anlagemöglichkeiten für Anleger. Allerdings scheinen einige dieser Regelungen zu weit zu gehen. Dabei können professionelle CERTIFIED FINANCIAL PLANNER® (CFP®) für mehr Transparenz in diesem Markt sorgen – ohne durch zu eine zu strenge Regulierung Anleger zu bevormunden.

Geschlossene Fonds erfreuen sich bei Anlegern großer Beliebtheit. Knapp 200 Milliarden Euro – soviel Kapital schlummert derzeit nach Angaben des Verbandes für Geschlossene Fonds VGF insgesamt in diesen Anlagevehikeln. Davon sind 98,5 Milliarden Euro Eigenkapital. Allein 2011 flossen dieser Anlageform 5,85 Milliarden Euro zu. Rund 12 700 Euro betrug die durchschnittliche Zeichnungssumme pro Anleger im vergangenen Jahr.

„Die Beimischung alternativer Anlageformen, wie geschlossene Fonds oder Hedgefonds, kann aus Anlegersicht auf jeden Fall Sinn machen“, sagt Prof. Dr. Rolf Tilmes, Vorstandsvorsitzender des Financial Planning Standards Board Deutschland e.V. (FPSB Deutschland) und Inhaber des Stiftungslehrstuhls für Private Finance & Wealth Management an der EBS Business School, Wiesbaden. „Schließlich tragen sie zur Diversifikation des Risikos in einem Portfolio bei.“ Und können bei entsprechender Auswahl auch einen Zusatzertrag bieten.

Und nicht nur das. So leisten zum Beispiel vorbörsliche Unternehmensbeteiligungen auch einen wichtigen Beitrag zur Mittelstandfinanzierung. Sie schaffen Arbeitsplätze, laut einer Umfrage des Private-Equity-Dachfondsanbieters Adveq kletterte die Zahl der Mitarbeiter in den von diesen Dachfonds finanzierten Unternehmen seit dem Jahr 2000 um rund 26 Prozent, und haben damit auch eine wichtige volkswirtschaftliche Bedeutung.

Allerdings könnten sich die Spielregeln für solche alternative Anlagen im kommenden Jahr mit der Umsetzung der AIFM-Richtlinie durch das Kapitalanlagegesetzbuch ändern. „Es ist zwar zu begrüßen, dass internationale Richtlinien in nationales Recht umgesetzt werden“, sagt Tilmes. „Jedoch erscheint die Umsetzungsfrist sehr kurz und der Entwurf noch optimierungsfähig.“





Werden alle im Diskussionspapier genannten Änderungen umgesetzt, dann würde dies für die Anbieter alternativer Investmentprodukte, aber auch für viele Anleger zum Teil gravierende Einschnitte bedeuten.“

So legt dieser Entwurf zunächst einmal fest, in welche geschlossenen Fonds überhaupt investiert werden darf. Dazu zählen künftig Immobilien, Schiffe, Flugzeuge, regenerative Energie, Anteile an anderen geschlossenen Fonds, also Dachfonds sowie Private-Public-Partnerships, Projekte aus öffentlich-privaten Partnerschaften. Andere Objekte wie Wein oder Oldtimer sollen dann nicht mehr zugelassen sein. Zudem soll für Fonds, die nur ein Objekt enthalten, die Mindestzeichnungssumme bei 50 000 Euro liegen. „Ob aber zwei oder drei Objekte wirklich einen zusätzlichen Beitrag zur Risikominimierung eines solchen Fonds leisten, ist fraglich“, sagt Tilmes.

Viel wichtiger sei es, unter der Vielzahl von Anbietern den wirklich besten zu finden und eine sinnvolle Diversifikation auf Portfolioebene zu erreichen. Auch die Beschränkung des Fremdkapitals bei diesen Fonds auf maximal 30 Prozent ist umstritten. „Weniger Fremdkapital bedeutet ja auch weniger Rendite“, sagt Tilmes.

Noch drastischer könnte der Einschnitt bei Private-Equity- und Hedgefonds werden. So befürchtet der Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften und der Bundesverband Alternative Investments e.V., dass Privatanlegern, Stiftungen oder Family Offices der direkte Zugang zu Private-Equity-Fonds ganz verwehrt werden könnte. Nach Vorstellung des Gesetzgebers sollen hier, ebenso wie bei Hedgefonds, Anlegern nur noch Dachfonds-Konstruktionen zur Verfügung stehen.

Dabei machen Private-Equity-Fonds als Beimischung im Portfolio Sinn. Sie können zum Beispiel gegenüber dem Aktienmarkt einen deutlichen Mehrertrag bringen. So belegen Untersuchungen, dass Private-Equity-Fonds im langfristigen Durchschnitt rund fünf Prozentpunkte mehr Rendite pro Jahr erwirtschaften, als ein Aktieninvestment. Richtig ausgewählt, sind mit Beteiligungskapital sogar noch höhere Zusatzerträge drin.

„Einige der nun vorgeschlagenen Regelungen laufen auf eine Bevormundung des Privatanlegers hinaus“, sagt Tilmes. „Darüber hinaus bedeuten Dachfonds-Konstruktionen zunächst einmal auch höhere Kosten und damit eine Beschneidung der Rendite.“ Natürlich, schränkt der Experte ein, gebe es bei Anbietern geschlossener Fonds und Hedgefonds auch schwarze Schafe. „Diese herauszufinden, ist für Privatanleger nicht leicht“, sagt Tilmes. Anleger sollten sich deshalb in diesem Bereich professionelle Hilfe durch Finanzplaner bei ihrer Anlageentscheidung holen.



Professionelle Finanzplaner helfen weiter

Professionelle Finanzplaner, wie die vom FPSB Deutschland zertifizierten CERTIFIED FINANCIAL PLANNER® (CFP®), können bei der Auswahl seriöser Anbieter alternativer Investmentfonds und der geeigneten geschlossenen Fonds oder Hedgefonds eine wertvolle Hilfestellung leisten. Auf Basis einer umfassenden Analyse der derzeitigen Vermögenssituation des Anlegers sowie seiner individuellen Risikoneigung und einer Liquiditätsrechnung überprüfen die CFP, ob und welche geschlossenen Fonds und Hedgefonds als Investition in Frage kommen. Sie geben zudem detailliert Auskunft über Vor- und Nachteile der geplanten Investitionen und können helfen, zum Beispiel die einem Private-Equity-Fonds innewohnenden Bonitäts- und Ausfallrisiken oder die Qualität eines Immobilienportfolios besser einzuschätzen.

Über den FPSB Deutschland e.V.

Der Financial Planning Standards Board Deutschland e.V. (FPSB Deutschland) mit Sitz in Frankfurt am Main ist der Zusammenschluss von 1.194 CERTIFIED FINANCIAL PLANNERN (CFP®). Der FPSB Deutschland regelt auch das Zertifizierungsverfahren der Certified Foundation and Estate Planner (CFEP) als Nachlass- und Erbschaftsplaner in Deutschland. Aktuell sind 102 der insgesamt 1.471 Mitglieder des FPSB Deutschland reine CFEP-Zertifikatsträger, 175 haben beide Zertifikate. Die Zertifikatsträger repräsentieren aufgrund ihrer Ausbildung, Erfahrung und stets aktualisiertem Fachwissen höchstes Qualitätsniveau in der Finanzdienstleistungsbranche.

Als deren Standesorganisation nimmt der FPSB Deutschland ihre Zertifizierung vor, entwickelt und überprüft die Ausbildungsregeln, erarbeitet die Standards für die finanzplanerische Beratung und deren Umsetzung und überwacht sowohl das ethische Verhalten der CFP bei ihrer Berufsausübung als auch deren laufende Fort- und Weiterbildung. Der FPSB Deutschland ist Mitglied im internationalen Netzwerk des FPSB Financial Planning Standards Board Ltd., dem weltweiten Zusammenschluss aller nationalen CFP Organisationen mit rund 150.000 CFP-Zertifikatsträgern in 24 Ländern. Weitere Informationen erhalten Sie unter: **www.fpsb.de**.

Kontakt Presse:

iris albrecht **finanzkommunikation GmbH**

Ansprechpartner: Iris Albrecht

Feldmannstraße 121

66119 Saarbrücken

Tel.: 0681 - 4109 806 11

Fax: 0681 - 4109 806 12

Email: presse@fpsb.de

www.irisalbrecht.com

